

Des Getreides um 600 M. die Tonne gesteigert. Die nachdrücklichste Besteuerung der den Landwirten zuzurechnenden Mehrgewinne ist deshalb dringend notwendig. Sie aber ist nur möglich auf dem Wege der Besteuerung der Goldwerte, der Erziehung der Gewinne an der Quelle.

Nichts ist besser geeignet, die Nichtigkeit dieses Weges zu erweisen, als der letzte Sturz der Mark und die gewaltige Erhöhung der Preise für Getreide lediglich aus diesem Grunde. Würde man an den bisherigen Methoden der Veranlagung der Steuer in Papiermark festhalten, so hätte man keine ausreichende Möglichkeit, diese unverdienten Konjunkturgewinne zu erfassen. Der Widerstand der Landwirtschaft gegen die Erfassung der Goldwerte darf kein Grund sein, diesen Weg nicht zu beschreiten. So falsch und unberechtigt der Einwand ist, daß durch die Beteiligung des Reiches an Industrie und Landwirtschaft die Werte dem Auslande ausgeliefert würden, so falsch ist es, daß dadurch eine Steigerung der inländischen Erzeugung verhindert wird. Gerade die mühelosen Gewinne, die die Landwirtschaft durch den Sturz der Mark erzielt, verhindern die Steigerung der Intensität der landwirtschaftlichen Produktion, lassen die Gefahr auftauchen, daß sie nichts tut, um die Erzeugung zu steigern.

Die Erfassung der Goldwerte in der Landwirtschaft ist deshalb nicht nur eine zwingende Notwendigkeit unserer Finanzpolitik, sondern ebenso sehr unserer Wirtschaftspolitik.

Der Sturz der bayerischen Regierung

Sitzung des ständigen Landtagsausschusses

München, 14. September.

Der ständige Landtagsausschuh trat heute nachmittags 3 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Präsident Koenigshauer ein Schreiben des Ministerpräsidenten Dr. von Kahr bekannt, worin dieser von dem Austritt des Gesamtministeriums Mitteilung macht. Der Präsident fügte hinzu, er habe auf Donnerstag nachmittags 4 Uhr eine Sitzung des Kabinettsrates einberufen, die sich mit der Frage beschäftigen werde, wann die nächste Plenarsitzung stattfinden solle, um die Wahl des Ministerpräsidenten und die Bestellung des neuen Ministeriums vorzunehmen.

Der Abgeordnete Held bemerkte sodann, es werde in der Presse die Behauptung aufgestellt, daß er den Ministerpräsidenten gestürzt habe. Zum Beweis dafür werde angeführt, daß schon seit längerer Zeit zwischen ihm und von Kahr tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten, und daß er beim Katholikentage in Frankfurt müde gemacht worden sei. In Frankfurt habe er überhaupt mit niemandem ein Wort über Politik gesprochen, mit Herrn von Kahr sei er in allen größeren Fragen durchaus einig gegangen. In einem sozialistischen Blatte werde behauptet, er habe den Ministerpräsidenten deshalb gestürzt, um selbst sein Nachfolger zu werden. Er möchte hierzu nur bemerken, daß er nach der Revolution schon mehr als einmal Gelegenheit gehabt habe, Minister zu werden, es aber grundsätzlich jedesmal abgelehnt habe, und kurz vor der Revolution hätte er sich lediglich unter dem äußersten Zwange der Verhältnisse dazu herbeigelassen.

Abgeordneter Timm (Soz.) erklärte, auch er sei überzeugt, daß Held bei den letzten Entscheidungen nur aus rein sachlichen Gründen gehandelt habe. Wohl in keiner Situation hätte bisher der Landtag und besonders auch die Mitglieder der Oppositionsparteien eine solche Toleranz an den Tag gelegt, wie bei den letzten Vorgängen, wo man sich direkt von den Vertretern der Regierung habe brüskieren lassen.

Vorsitzender Held erwiderte dem Ausdruck „brüskieren“ nicht zu frecht zu erhalten. Er selbst sei es gewesen, der den Ministerpräsidenten ersucht habe, möglichst noch am Sonnabend zu einer Entscheidung zu kommen, wodurch sich die lange Verzögerung ergeben habe.

Abgeordneter Neumann (U. S. P.) behauptete ebenfalls, daß es sich um ein illoyales Verhalten des Landtag gegenüber gehandelt habe. Vorsitzender Held wandte sich auch gegen diese Behauptung. Der Ausschuh trat sodann in die Tagesordnung ein und befahte sich mit den Vorgängen in München, Nürnberg und Koburg.

Neue Verhaftungen in München

München, 14. September. (W. T. B.)

Bis zum Mittwochabend sind in der Nordstraße Erzberger im ganzen 10 Personen verhaftet worden, und zwar neun in München und eine aus der Fahrt von Augsburg nach München. Gegen sämtliche zehn ist Haftbefehl erlassen worden. Außer den bereits heute morgen namentlich angeführten Nebenverhafteten befinden sich jetzt noch in Haft: Der Student Ulrich Klingh, der Student Wilhelm Bollinger und der Student Karl Siebel. Sämtliche Verhafteten werden demnächst nach Offenburg gebracht und dort dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden, auch der auf der Fahrt von Augsburg nach München verhaftete Student Bollinger. Die Polizei hatte Kenntnis erhalten, daß Klingh den Bollinger in München am Bahnhof erwartet hatte, um ihn zu warnen. Sie nahm den Klingh am Bahnhof fest, um jede Verbindung mit Bollinger zu verhindern. Bollinger besah unter der Firma eines Holzverwertungsgeschäftes in der Trautenwollstraße eine Wohnung von drei Zimmern.

Daß v. Killinger dem Schulz zur Flucht verholfen hat, ist dadurch erwiesen, daß er ihn im Auto zur Bahn brachte. Die bayerische Polizei ist zurzeit mit der Durchsuchung des beschlagnahmten Gepäcks der Verhafteten beschäftigt. Bei den Hausdurchsuchungen wurde auch ein Revolver gefunden.

Heute Abend traf beim Generalstaatsanwalt ein Schreiben aus Italien ein, das in italienischer Sprache die kurze Mitteilung enthält: Halten uns in Mailand auf. Der Brief hat keine Unterschrift. Es muß erst untersucht werden, ob es sich um eine Kopifikation handelt.

Eine dunkle Geschichte

In der Wohnung des Justizsekretärs Oppermann in der Kirchstraße in Potsdam fand sich Dienstagabend ein Herr ein, der den besseren Ständen anzugehören schien, und das um eine Unterstützung mit der Begründung, daß er sich auf der Flucht befände und der Mörder Erzbergers sei. Er gab an, aus der Tschechoslowakei mittellos zurückgekehrt zu sein und berief sich auf seine frühere gemeinsame Tätigkeit mit Oppermann in der Werbezentrale. Er nannte sich Leutnant Kurt Witter, verweigerte jegliche weitere Auskunft über seine Person und insbesondere über die von ihm angeblich ausgeführte Tat. Er wurde festgenommen, am Mittwoch nochmals eingehend verhört, wiederum mit demselben Erfolg. Er bat nur darum, sofort dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden. Er hielt vorläufig in Haft. Die Polizei ist der Überzeugung, die Angelegenheit ernst behandeln zu müssen. In den Papieren des Mannes fanden sich wiederholt Stempelabdrücke „Arbeitsgemeinschaft Rubezahl“, Bureau und Vorstand.

Der Justizobersekretär Oppermann war Leiter einer Werbezentrale für Oberschlesien. Wir haben uns

schon mehrmals mit seinem Verbleib beschäftigt. Ueber die etwas dunkle Geschichte wird man erst nähere Mitteilungen abwarten müssen.

Die B. S. Korrespondenz weiß zu diesem Fall noch folgendes zu melden: Soweit bisher durch die Ermittlungen der Behörde festgestellt werden konnte, führt der jetztgenannte Name Hütter wahrscheinlich zu Unrecht. Bei dem Verhafteten fand man einen Ausweis, der auf den Namen Leutnant Kurt Hütter lautete, der aber, wie inzwischen festgestellt ist, von dem Unbekannten selbst ausgestellt wurde. Auch bei seiner heutigen Vernehmung blieb der Unbekannte bei der Behauptung, daß er Erzberger ermordet habe, dann in die Tschechoslowakei geflüchtet und vor 5 Tagen nach Berlin gekommen sei. Die Potsdamer Polizei hat Hütter inzwischen gemessen und fotografiert und die Feststellungen der Berliner Kriminalpolizei überhandt, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß Hütter ein alter Bekannter der Berliner Polizeibehörden ist und sich jetzt durch seine Selbstbezeichnung vor einer Verfolgung wegen anderer Straftaten zu schützen sucht. Die Beschreibung, die von den Mördern vorliegt, paßt auf Hütter keineswegs. Er hat zwar am Ohr einen Auswuchs, doch kann man diese Verunstaltung nicht als eine Verwundung, wie sie an dem Täter beobachtet wurde, bezeichnen. Auf dem linken Arm hat Hütter eine Tätowierung, die einen Dolch darstellt. Bei seiner Vernehmung bejahte er die Frage, ob er der Brigade Ehrhardt angehört habe, suchte gleich darauf seine eigene Angabe wieder zu entkräften und weigerte sich, Näheres anzugeben. Es deuten allerdings gewisse Umstände darauf hin, daß Hütter, wenn er nicht der Täter gewesen ist, doch zu einem Kreis von Leuten gehört hat, die sich mit dem Gedanken einer Beteiligung Erzbergers trugen. Als ihm in einer Vernehmung entgegengehalten wurde, daß eine direkte Beteiligung an dem Mord ihm den Kopf kosten könne, erwiderte Hütter: „Ich glaube nicht, daß eine solche Tat überhaupt bestraft wird.“ Er wurde dann allerdings sehr leinlaut, als ihm erwidert wurde, daß er keinerlei Schonung erwarten dürfe, sondern als gemeiner Mörder bestraft werde, wenn seine Angaben auf Wahrheit beruhen. Am heutigen Donnerstag soll die Vernehmung Hütters fortgesetzt werden.

Hausdurchsuchung bei Dr. Heim

Auf Anordnung der bayerischen Staatsanwaltschaft ist bei dem Direktor der Landwirtschaftlichen Genossenschaften, Dr. Heim in Regensburg, eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden. Anscheinend aber galt die Hausdurchsuchung nicht der Person des Dr. Heim, sondern der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft, in der Angehörige der früheren Marinebrigade Ehrhardt untergebracht sind. Ist das der Fall, so dürften wohl auch die Dr. Heim als Abgeordneten zustehenden Immunitätsrechte gewahrt worden sein.

Wenn trotzdem die Meldung der bürgerlichen Presse zutrifft, daß Heim wegen der Hausdurchsuchung in heftige Empörung geraten sei und beabsichtige, im Reichstag deshalb zu interpellieren, so kann man das allenfalls verstehen. Heim ist schärfer Partikularist und sicherlich erdost darüber, daß außerbayerische Polizei, auf die er keinen Einfluß hat, die Hausdurchsuchung vornahm. Wenn Dr. Heim und seine reaktionären Freunde aber in Zukunft nicht mehr von außerbayerischen Beamten beschäftigt werden wollen, dann mögen sie dafür sorgen, daß das System Boehner beseitigt wird. Denn lediglich die Tatsache, daß die bayerische Polizei bei der Verfolgung der Mörder Erzbergers passiv und aktiven Widerstand leistete, ist der begründete Anlaß dafür, daß die bayerische Staatsanwaltschaft die Verfolgung der Mörder selber in die Hand nehmen mußte.

Die Verhaftung des Genossen Fischer

Der Landesvorstand der U. S. P. D. Bayerns hat in seiner letzten Sitzung auch zur Verhaftung des Genossen Fischer Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt:

„Unser Parteigenosse Fischer wurde, obgleich er Landtagsabgeordneter ist, unter Verletzung der Abgeordnetenimmunität wegen angeblicher Aufforderung zum Hochverrat verhaftet. Ein Rechtsgrund zu seiner Verhaftung besteht nicht. In seiner Münchener Rede wies er wohl auf die mögliche Abtrennung Frankens von Bayern hin, er hatte indes lediglich eine Loslösung Frankens auf gefühlichem Wege im Auge. Wir protestieren dagegen, daß unsere Genossen in ihrem Kampfe für Republik und Reichseinheit in Bayern verfolgt werden, während die wahren Hochverräter von der Regierung unangefastet bleiben. Insbesondere ist der Landesvorstand der U. S. P. D. Bayerns darüber empört, daß neuerdings die Immunität eines linksstehenden Abgeordneten verletzt worden ist. Wir fordern die sofortige Entlassung des Genossen Fischer!“

Der Genosse Fischer, der am 10. September in Nürnberg wegen angeblicher Aufforderung zum Hochverrat verhaftet wurde, ist inzwischen nach München transportiert worden, um dort dem Gericht überstellt zu werden. Zur Zeit befindet er sich in der Strafanstalt München-Beuders in Untersuchungshaft. In der letzten Sitzung des ständigen Ausschusses des bayerischen Landtages hat Genosse Dr. Bauer im Namen der U. S. P. D. einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die Freilassung des Genossen Fischer fordert. Der Vertreter des Justizministeriums äußerte sich dahin, daß der ständige Ausschuh, vorausgesetzt, daß Fischer Mitglied dieses Ausschusses sei, dessen Entlassung beschließen könne. In der sich anschließenden Debatte stellte Gen. Dr. Bauer fest, daß Fischer seit Dienstag voriger Woche Mitglied des Ausschusses sei. Da in der Debatte die verfassungsmäßige Frage nicht geklärt werden konnte, ob der Ausschuh die Entlassung beschließen könne und ob die Verhaftung zulässig war, wurde die Behandlung der Frage auf Mittwoch vertagt.

Verbot der „Roten Fahne“

Berlin, 14. September.

Durch Verordnung des Reichsministers des Innern ist die in Berlin erscheinende „Rote Fahne“ vom 13. bis 17. September und das in Gotha erscheinende „Gothaer Volksblatt“ vom 15. bis 22. September, beide auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921, verboten worden.

Arbeitsgemeinschaft Rößbach

Aushebung einer Putschzentrale in Schlesien

Wir haben seit Monaten darauf hingewiesen, daß die sogenannten Arbeitsgemeinschaften verkappte militärische Verbände sind, die von der Deutschnationalen Partei in jeder Weise unterstützt werden, weil sie als zuverlässige Stoßtruppen für den monarchistischen Putsch Verwendung finden sollen. Die Vorgänge in Schlesien haben unsere Behauptung in jeder Weise gerechtfertigt. Im Ru waren bei Ausbruch des Polenauflandes die Arbeitsgemeinschaften in militärische Formationen umgewandelt. Sie kamen aus allen Teilen des Reichs nach Schlesien und hatten Waffen und Munition in Hülle und Fülle zur Verfügung.

Auch die Arbeitsgemeinschaft Rößbach, geführt von dem Reuterei- und Hochverräter gleichen Namens, verlegte ihren Wirkungs-

kreis von Pommern und Mecklenburg nach Schlesien. Sie ist heute noch dort ansässig und bildet zusammen mit dem Freikorps Oberland die zuverlässigste Stütze der Reaktion. Es kommt den Führern nicht darauf an, die schlesische Bevölkerung vor polnischen Angriffen zu schützen. Ihr Ziel ist es vielmehr, möglichst viele Truppen in Schlesien zusammenzuziehen, um dann, ähnlich wie beim Ostkriegenabenteuer, mit dieser Truppenmacht gegen die Republik vorzugehen.

Die von uns vorgetragenen Warnungen sind bisher von der preussischen Regierung beharrlich überhört worden, trotz des Tatsachenmaterials, auf welches wir unsere Behauptungen stützen konnten. Jetzt endlich scheint die Reichsregierung die Gefahr erkannt zu haben. In Schlesien ist eine Verschwörerorganisation des Selbstschutzes aufgehoben worden, die Arbeitsgemeinschaft Rößbach und das Freikorps Oberland werden durch die vorgefundenen Dokumente schwer befaßt. Es steht fest, daß die Führer der Arbeitsgemeinschaften mit den rechtspreussischen Organisationen in enger Fühlungnahme stehen, mit riesigen Geldmitteln ausgestattet sind und einen regen Kurierdienst nach München, Berlin und Ostpreußen unterhalten.

Auch die von uns vorgebrachte Behauptung, daß die Arbeitsgemeinschaften Terrorgruppen gebildet haben, deren Aufgabe es ist, „Feinde der nationalen Sache zu beseitigen“, hat sich als richtig herausgestellt. In Schlesien führen diese Terrorgruppen den Namen Jagdkommandos. Die Angehörigen der Richterkontrole sind mit falschen Ausweisen versehen, die Agenten treten auf Grund dieser Ausweise teils als Kriminalbeamte, teils als Offiziere der Reichswehr auf.

Es ist gelungen, den Leiter der Nachrichtenorganisation in Neudielau festzunehmen. Es handelt sich um den bekannten antisemitischen Agitator Arnold Ruge, Privatdozent am Heidelberger, dessen gefälschte Ausweise auf den Namen eines Heimrats Berger lauteten. Neben ihm sind noch eine Reihe seiner engeren Mitarbeiter in Haft genommen worden. Bekannte Rappoffiziere kommen als Helfer in Frage, u. a. auch Hauptmann Ressel. Die Untersuchung ist deshalb sehr schwierig, weil es an interessierten Kreise verfehlt, die Polizei irre zu führen und auch gewisse Behörden mit den Putschisten harmonisierten und polizeilichen Maßnahmen entgegenarbeiten.

Jetzt ist vor allem wichtig, daß die Arbeitsgemeinschaften durch die Regierung aufgelöst werden. Ihr militärischer Charakter stellt einwandfrei fest, außerdem dürfte der Regierung genügend Beweismaterial darüber zur Verfügung stehen, daß die Arbeitsgemeinschaften dem Willen der deutschnationalen Gewerbe gemäß die Aufgabe haben, den monarchistischen Staatsstreich unter allen Umständen herbeizuführen.

Die Thüringer Landtagswahlen

Das amtliche Ergebnis

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Gera, 14. September.

Die amtliche Berechnung des Wahlergebnisses weist folgenden Stimmenzahlen auf: S. P. D. 166.548 und 13 Sitze, U. S. P. 110.811 und 9 Sitze, R. P. D. 72.441 und 6 Sitze, Landbund 127.711 und 10 Sitze, Deutsche Volkspartei 109.198 und 8 Sitze, Deutschnationale Volkspartei 50.889 und 4 Sitze, Demokraten 37.674 und 3 Sitze, Zentrum 7394, keinen Sitz, Wirtschaftspartei 4216, keinen Sitz.

Der neue Landtag setzt sich also aus 28 Vertretern der sozialistischen Parteien und 26 der bürgerlichen zusammen. Das endgültige Wahlergebnis befriedigt die von uns bereits gemachte Feststellung, daß unsere Partei als drittstärkste aus dem Wahlkampf hervorgegangen ist. Wie weit unsere Thüringer Genossen die Spaltung bereits überwunden haben, zeigt die Tatsache, daß unsere Partei die Kommunisten um fast die Hälfte ihrer Stimmen überflügeln konnte. Entgegen den ersten Meldungen ist eine sozialistische Mehrheit von zwei Mandaten erzielt worden. Damit wäre die Grundlage für eine rein sozialistische Regierung, wie in Sachsen, gegeben. Da aber von sozialistischen Mandaten sechs von den Kommunisten bezieht sind, ist es fraglich, ob diese Mehrheit auch politisch ausgenutzt werden kann.

Stegerwald braucht Steuern

Herr Stegerwald, der erst jüngst, wie wir mitteilten, ein Vertrauensvotum des Ausschusses des Deutschen (christlichen) Gewerkschaftsbundes verzeichnen konnte, scheint davon nicht ganz befriedigt zu sein, sondern Gründe zu weiteren Liebeswerben vor einem größeren und den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften näherstehenden Kreise zu haben. Er hat in Essen auf einer Konferenz von Funktionären der christlichen Gewerkschaften des rheinisch-westfälischen Industriegebietes einen Vortrag über die „gegenwärtige Lage des deutschen Volkes“ gehalten. Wodurch wiederum ist es ihm gelungen, eine Entschädigung zur Annahme zu bringen, in der die Konferenz ihr Vertrauensvotum verweigert. Dann heißt es weiter in der Resolution:

„Wir zwischen Stegerwald und den christlichen Gewerkschaften im Lande Zweiteilung will, beist auf Granti. Die Konferenz ist nach wie vor der Auffassung, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung die Kraft Stegerwalds dringend und baldmöglichst absetzt. Sie verweigert sich jedoch nicht der gewaltigen Notlage, die sich aus der juchhabenden Lage unseres Volkes in der Weimarer Republik ergibt. In solcher Lage erfordern das Wohl des gesamten Volkes von dem die Arbeiterschaft den größten Teil darstellt, und die von der verfallenen wirtschaftlichen Lage sich ergebenden Gefahren, daß Stegerwald so lange in seiner jetzigen Stellung verharren muß, bis die unumgänglichen Voraussetzungen für den Wiederaufbau des deutschen Volkslebens geschaffen sind.“

Diese wiederholten Vertrauensrückgehungen werden sicherlich nicht ohne Grund eingefädelt, sondern sind — neben anderen symptomatischen Erscheinungen — Anzeichen dafür, daß es innerhalb der christlichen Gewerkschaften Strömungen gibt, die mit der Preussenspolitik Stegerwalds nicht einverstanden sind. Die christlichen Arbeiter werden mit Recht entschuldigt darüber sein, daß ihr Führer und Vorsitzender der erst kürzlich der gleichen deutschnationalen Kreise ist, die Erzberger ermorden ließen und Wirth bedrohen. Und sie werden Neigung zeigen, sich für Wirth zu entscheiden, wenn sie die Wahl zwischen ihm und Stegerwald haben. Das nennt man dann „Zweitritt“.

Wenn die Deutschnationalen Stegerwald lieben, so haben sie nur darum, weil sie von ihm erwarten, daß er mit Hilfe seines Einflusses die christlich organisierten Arbeiter vor den Wagen ihrer verbrochenen Politik spannt. Dafür aber bedanken sich große Schichten der katholischen Arbeiterschaft. Die Ziele der Stegerwald-Politik sind zu deutlich und dem Interesse auch der christlichen Gewerkschaften zu offen, als daß sie gegenseitig, als daß die katholischen Arbeiter die Gefahr nicht übersehen könnten, die mit dem Bündnis ihres Führers mit diesen politischen Korbbremsern verknüpft ist.

Groß-Berlin

Wählerlisten einsehen!

Von heute ab bis zum 22. cr. liegen die Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen zur Einsicht aus. Die Ausgelegten werden noch bekanntgegeben.

Jeder Wahlberechtigte muß die Listen einsehen, da bei früheren Wahlen oftmals auch solche Personen nicht verzeichnet waren, die unzweifelhaft wahlberechtigt waren.

Klamaktionen am Wahltage sind zwecklos.

Keine Stimme darf der U. S. B. verlorengehen, weil Wähler es unterlassen haben, die Wählerliste einzusehen.

Ludendorffs Doktordiplom

Unter der Ueberschrift: „Ursprüngliche Fassung des „Doktor“-Diploms Ludendorffs“ bringt der Dortmunder General-Anzeiger eine bittere Satire, die als von einem „medizinischen Mitarbeiter“ herrührend bezeichnet wird. Danach hätte die ursprüngliche Fassung, „die leider zugunsten einer späteren wieder verworfen wurde“, folgenden Wortlaut:

... Darum ist sich die hohe medizinische Fakultät der alten Albertina in ersterbender Ehrfurcht bewußt, daß sie nicht Euer Exzellenz, sondern sich unendlich ehrt, wenn sie aus Anlaß der Gegenwart Euer Exzellenz in der alten Königs- und Krönungsstadt bittet.

den Hut eines Ehrendoktors der Fakultät höchst geneigtest entgegenzunehmen zu wollen.

Eure Exzellenz haben für die Entwicklung der deutschen medizinischen Wissenschaft solch hervorragende und in die Ewigkeit weisenden Verdienste, daß es unmöglich ist, Euer Exzellenz Leistungen im einzelnen auch nur einigermaßen gerecht zu würdigen. Die hohe Fakultät sieht sich deshalb leider genötigt, sich nur auf einige Hauptpunkte des Wirkens Euer Exzellenz hinweisend zu beschränken:

Eure Exzellenz haben während einer medizinischen Praxis von nur vier Jahren in genialster und großzügigster Weise an leitender Stelle mitgewirkt,

zwei Millionen deutschen Männern und Jünglingen zu ewiger Gesundheit zu verhelfen.

Eurer Exzellenz beispielloses Verdienst ist es mit, wenn heute Hunderttausenden, die vor 1914 die Sprechzimmer der Ärzte füllten, heute kein Zahn mehr weh tut.

Eurer Exzellenz Wirken hat es den Vertretern ärztlicher Wissenschaft möglich gemacht, die letzten Errungenschaften medizinischer Wissenschaft, die wir in hervorragendem Maße eben dem riesenantriebigen Eurer Exzellenz verdanken, auf ein Menschenalter hinaus an Millionen von Krüppeln, Blinden und Kranken zu beweisen und zu üben.

Eure Exzellenz haben im Verein mit Eurer Exzellenz großem Fachkollegen vom Feindbund die Welt vier Jahre hindurch zur hellen Begeisterung der medizinischen Fakultät zu einem großen Operations- und Sektorsaal umgestaltet. Genialität ist immer einfach. Das beweisen die Methoden Eurer Exzellenz auf das Schlagendste. Eurer Exzellenz eigenartige Behandlungsweisen in Eisen, Gelbfressgas, Stahlmantelgeschloßinjektionen, Schlammitraktururen usw. haben der vor Staunen ansetzenden erstarrenden Mitwelt zum Bewußtsein gebracht, was ein Mann wert sein kann, der das Zeug zu einem großen und genialen Völkerarzt hat.

Eure Exzellenz haben das uralte Mittel des Aderlassens auf der Basis modernsten Wissens so vollkommen und so erfolgreich im großen Stile neu benutzt, daß eine blühende Industrie in Gebäuden und Denkmälern in Eurer Exzellenz mit Recht ihren hochbetehrten und erhabenen Gründer feiert.

Eurer Exzellenz tätige Gesundheit macht es — Gott sei in diesem Falle gedankt — unnötig, Eurer Exzellenz erprobte Heilweisen auf Eurer Exzellenz höchstem Leibe anzuwenden. Eure Exzellenz wußten es und sprachen es mit Recht in diesen Tagen erneut aus, daß die rechte Stimmung (Führerwille, Manneszucht

und Todesmut) die notwendigen Grundlagen zum vollen Erfolge von Eurer Exzellenz Kuren sind.

Die hohe medizinische Fakultät bedauert und verabscheut mit Eurer Exzellenz aufs tiefste, daß Eurer Exzellenz Patienten auf die Dauer die nötige Einsicht und das notwendige Vertrauen zu Eurer Exzellenz tiefdurchdachten Methoden und hohen Eingebungen nicht befaßen, vielmehr Eurer Exzellenz mit gezügeltem Dolche von hinten drohten, so daß Eurer Exzellenz angegriffene Gesundheit beflagenswerterweise im Auslande Heilung suchen mußte.

Die hohe medizinische Fakultät der alten Albertina zu Königsberg hofft aber mit Eurer Exzellenz zu Gott, daß die Unreinheit und Schmach gegenwärtiger Zeitläufe dahinschwinden und eine Zeit wiederkehren möge, die Eurer Exzellenz semimentem Können Gelegenheit gibt, Deutschland und der Welt Gutes endlich mit Eurer Exzellenz Methoden und Instrumenten herbeizuführen.

Gegeben Königsberg, den 14. August 1921.

Die hohe usw.

Darf der Mieterschutz verschwinden?

Der schwache Schutz der Mieter gegen die Wuchergerüste der Hausagrarier soll durchaus verschwinden.

Seit der Revolution ist die Wut des Häuserkapitalismus gegen die „aufsässigen“ Mieter fast um das 20-fache gestiegen, aber die Mieten nur um lumpige 45 Prozent! So zernern diese Herrschaften, und verläumen nicht, ihre alfabenante und gubewährte „nationale Gesinnung“ zu betonen. Diese sogenannte „Gesinnung“ bekennet sich zu den Mordparolen der Monarchisten, die „besseren“ Elemente lassen sich zwar als Demokraten etikettieren, treten aber beim Kapitalistenappell als besonders verböhrte Arbeiterfeinde auf.

In den Stadtparlamenten sind sämtliche nichtsozialistische Parteien die geschworenen Feinde des Mieterschutzes.

Für die Wohlhabenden besteht keine Wohnungsnot. Die noch immer herrschende Klasse hat nichts aus der Geschichte gelernt. Sofort nach dem Kriege von 1870/71 zeigte sich in den Großstädten, ganz besonders in Berlin, eine fürchterliche Wohnungsnot. Während die Männer draußen im Felde das und Herd — der Besizhenden — mit ihrem Leben verteidigten, fielen die Berliner Hausagrarier über die Kriegerfamilien her und setzten sie wegen rückständiger Mietraten mit Hilfe des „Königlich Preussischen Stadtgerichts“ buchstäblich auf die Straße. Die heimgekehrten Soldaten mußten sich tatsächlich erst ihre Familien suchen und fanden sie besonders zahlreich draußen in der Schönhauler Allee auf dem Exerzierplatz wieder. Dort kam es auch bald zu tödlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die zur Erhaltung der „göttlichen Weltordnung“ mit der Waffe auf die Wohnungslosen einhieb.

Ab 1871 hat sich keine Regierung, keine der bürgerlichen Parteien ernsthaft um die Linderung der Wohnungsnot gekümmert. Die Forderungen der Sozialdemokratie fanden kein Gehör.

Als nun 1914 das „große Stahlbad“ begann, zeigte sich alsbald die Gefahr des Wohnungsmangels. In der Schweiz und Oesterreich erschienen Schutzverordnungen und im September 1917 traten in Deutschland die Mietminderungsämter in Funktion. Der ganze Hypotheken- und Häuserkapitalismus setzte sich gegen den Mieterschutz in Bewegung, und seit der Revolution folgt Kongreß auf Kongreß mit dem ausschließlichen Zwecke, dem schrankenlosen Mietwucher die Wege zu ebnen. Täglich wir uns nicht über die große Gefahr, die dem gesetzlichen Mieterschutz droht. Gelingt es nicht, die heulandischen bürgerlichen Parteien am 16. Oktober einen Denktzettel zu geben, dann geht es auch mit dem Mieterschutz zu Ende.

Berno Kaas.

Pfarrer Koch redet

Auf dem Parteitag des Landesverbandes Berlin der Deutschnationalen Volkspartei hielt der Stadtverordnete Pfarrer Koch einen Vortrag über die Stadtverordnetenwahlen. Er verlangte u. a., es müsse wieder dahin kommen, daß der Titel eines Stadtverordneten ein Ehrentitel werde.

Wir meinen, daß dazu vor allem die Deutschnationale Volkspartei und Herr Pfarrer Koch beitragen können. Nichts hat die Stadtverordneten so sehr in den Augen der Öffentlichkeit herabgesetzt, als die Tatsache, daß von einem Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, das im Ofen Berlins sogar das Amt eines Pfarrers bekleidet, behauptet wird, daß es oftmals in späten Abendstunden, aber auch schon früher, wegen „ungenügender“ Zu-

fuhr von Alkohol nicht mehr das zur Ausübung seiner Tätigkeit notwendige klare Bewußtsein besitzt.

Raubüberfall im Grunewald. Einem von langer Hand vorbereiteten Raubanschlag ist, wie nachträglich bekannt geworden ist, vorgestern eine Frau Bienen aus der Bärwaldstraße 54 zum Opfer gefallen. Frau Bienen wurde nach dem Grunewald hinausgelockt, dort ihrer Schmuckkassette im Werte von 150 000 Mark beraubt und unterdessen in ihrer Wohnung von Einbrechern heimgejagt, die dort 76 000 Mark bares Geld und einen wertvollen Teppich stahlen. Ueber den selten dreisten Streich erfahrene wir folgende Einzelheiten: Frau Bienen lernte vor einigen Tagen einen etwa 33 Jahre alten Mann kennen, der sich Braun nannte und bei ihr vorgelprochen hatte, um ein Zimmer zu mieten. Dieser Mann, der auf die Frau einen guten Eindruck machte, wußte diese zu überreden, gemeinsam mit ihm ins Kaffee zu gehen, die Rennbahn zu besuchen und Spaziergänge zu unternehmen. Ein solcher Spaziergang führte beide vorgestern nach dem Grunewald. In der Nähe des Lustbades Eichsteg zog der „Kavalier“ plötzlich zu gleicher Zeit zwei Revolver und richtete diese auf die völlig überraschte Frau. Er erklärte ihr nun, daß er der Anführer einer 10köpfigen Räuberbande sei, von der sich zwei Mitglieder in unmittelbarer Nähe befänden. Es sei deshalb völlig zwecklos, wenn sie um Hilfe rufe. In diesem Falle würde er auch sofort von seinen Waffen Gebrauch machen. Frau Bienen mußte in dieser Zwangs Lage seinem Erubden, alle Schmuckkassette herauszugeben, nachkommen. Der Räuber nahm diese, eine Paar Brillantohrringe, eine goldene Brosche mit Brillanten, ein goldenes Armband mit 5 Brillanten und einen Brillantring, alles zusammen im Werte von 150 000 Mark an sich und verschwand dann, nachdem er die Ueberfallene noch darauf aufmerksam gemacht hatte, daß sie in ihrem eigenen Interesse davon absehen müsse, Anzeige zu erstatten, da er oder die anderen Mitglieder der Bande noch nachträglich Rache nehmen würden. Frau Bienen begab sich deshalb zunächst nach ihrer in der Bärwaldstraße 54 belegenen Wohnung, wo ihr eine zweite peinliche Ueberraschung zuteil wurde. Sie machte dort die Entdeckung, daß inzwischen Einbrecher sich in diese Wohnung verschafft und außer 76 000 Mark, die sie in der Wohnung aufbewahrte, noch einen wertvollen Perlesteppich gestohlen hatten. Gestern erst belam die Kriminalpolizei Kenntnis von diesem dreisten Streich. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Einbrecher Spiegelgesellen des Räubers waren. Diese haben auch die Wohnung mit einem Schlüssel geöffnet, den ihnen der angeklagte Braun vorher verschafft hatte. Jetzt beschäftigt sich das Raubdezernat der Berliner Kriminalpolizei mit der Aufklärung des Ueberfalles. Zweckdienliche Mitteilungen zur Ergreifung der Bande oder über den Verbleib der geraubten Schmuckkassette sind an Kriminalkommissar Wenneburg, Zimmer 80 des Berliner Polizeipräsidiums zu richten.

Jugendweife. Am kommenden Sonntag findet die Jugendweife für die nördlichen Distrikte im Großen Schauspielhaus statt. Die Feier beginnt pünktlich 11 Uhr vormittags. Wer keine Eintrittskarten noch nicht abgeholt hat, muß das sofort tun, da sonst anderweitig über die Karten verfügt wird. Für solche Genossen und Genossinnen, die sich die Feier ansehen wollen, sind eine Reihe Gastkarten zum Preise von 3,50 M. im Bureau der Arbeiterbildungsschule, Breite Str. 8-9, zu haben. — Mitwirkende: Genosse Reichardt; Festrede: Albert Florath vom Staatstheater; Rezitation: Alfred Wittenberg; Violine mit Begleitung der Orgel; Konrad Löwe; Orgel; der Schubertchor, R. D. A. S. B.

Röpenitz. Sitzung der einstweiligen Bezirksversammlung. Als Vorsteher wurde der Genosse Straube gegen 10 bürgerliche Stimmen gewählt, zum Stellvertreter der Bezirksverordnete Halle (S. P. D.). Von unserer Fraktion wurde folgender Dringlichkeitsantrag gestellt: Das Bezirksamt wird beauftragt, entsprechend einer Verfügung des Staatskommissars für Volksernährung die Einrichtung von kommunalen Fleischereien in den einzelnen Orten des Bezirks vorzunehmen. Die vorhandene kommunale Schlächtereier in Friedrichshagen ist als zentrale Verteilungstelle des Bezirks auszubauen. Nach Begründung dieses Antrages durch den Genossen Köhde entspann sich eine lebhafte Debatte. Der Antrag wurde mit Zustimmung der Mehrheit der Versammlung der Ernährungsdeputation zur schleunigen Erledigung überwiesen. Zwei noch zu wählende Ausschüsse wurden dem ständigen Wahlausschuß überwiesen. Einige wichtige Anfragen unserer Fraktion an das Bezirksamt sollen in nächster Sitzung ihre Erledigung finden.

Vorsicht beim Draußensteigenlassen. Von der Gesellschaft für Kraftfahrzeugwesen m. b. H. (Reichsstaatsministerium) wird davon gewarnt, in der Nähe der Hochspannungsleitungen Golpa-Berlin und Sperenberg-Lichtenberg Draußen steigen zu lassen, da größte Lebensgefahr besteht, wenn sich die Draußensteuern um die Leitungsdrähte wickeln. Eltern und Lehrern wird daher empfohlen, die Kinder eindringlich auf diese Gefahren hinzuweisen.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(ca. Fortsetzung.) (Kohle aus verlesen.) Das war ja alles unerträglich! Ihr eigener Mann spottete und lachte sie aus, weil sie so selbstverständlich kochten wollte!

Sie hatten ein reiches und gesegnetes Paar gehabt. Die Schwestern waren voll, die Keller und Speicher lagen voll schönen Obstes; die „Käshäfen“ trachten im Ofen, die sie sonst so gern gegessen, sie hatte keine Freude daran. Ihr ging es gern umher, man suchte Peter, sie mußte warten und sich gedulden. Helene kam von England herüber und mußte wieder wegfahren, man mußte erst Peter suchen und immer wieder Peter! Sogar im Tode stellte er sich ihnen noch in den Weg!

Kam sie einmal zur Mutter, so beschwor sie die alte, zum Elelett abgemorgerte Frau: „Bring mir Peter, bring mir Peter!“

Vom Arzt hörte Alwine, daß sie Tag und Nacht von ihm spräche und stets auf ihn warte, immer am Fenster stehend, immer mit den Augen auf dem weißen Kiesweg, der in die Anstalt führte.

Daß man Peter suchte, war für die Umgegend wieder ein neuer Grund, die alten Geschichten aufzuwärmen. Man lachte, man debattierte, man erregte sich, man wartete mit Spannung, ob etwa eine Nachricht von dem Amerikafahrer käme — aber es wollte nichts kommen. Die Sache zog sich in die Länge, die Erregung wich; kaum daß einer ein Wort besaß, verlor, zuletzt blieb eine etwas ärgerliche Gleichgültigkeit, die sich auch Alwinens bemächtigte.

Der Verpuß fiel vom Felsenbrunner Hof ab; er sah nicht mehr weiß und wie ein Schloß aus.

„Soll ich das etwa für den Oger richten lassen?“ schimpfte Alwine ergrimmt, „der ist imstand und kommt doch noch, wenn er erfährt, daß ihm der Vater den Hof vermach hat.“

„Sofern Peter noch lebt, soll er den Hof mit den Liegen- schaften als Erbe erhalten, seinen Schwestern hat er Legate auszugeben.“ (Folgte die Höhe der Legate.) So fand wörtlich im Testament. Da konnte man ja sehen, zu was das Besammehoden mit der Mutter geführt hatte! So oft man recht hatte ihr Mann, man hätte den Alten längst entmündigen sollen! Aber da hatte sie sich wieder von einem solchen Gefühl unterliegen lassen. Das hastete wie Pech,

das Beispiel der Mutter, ihre Sentimentalität und falsche Kobleffe. Alwine vermißte zuseiten diese Mutter, die den Einschlag von Phantastischem und für das Leben Unbrauchbarem in die Familie gebracht hatte.

„Korre fällt!“ war der Leidspruch ihres Mannes. Recht, ja, dafür war sie auch, aber in dieser Angelengeit war sie viel zu leidenschaftlich in Anspruch genommen. Sie war ihr wie eine Ehrenschleife. Das war nichts mehr und nichts weniger als ein Kampf, und sie hatte es sich in den Kopf gesetzt, Sieger zu werden. Das wäre noch schöner gewesen, wenn sie dem Verschollenen und Toten hätte unterliegen müssen! Sie war ja überzeugt, daß alles zuletzt in ihre Hände kommen mußte, sie fühlte sich jetzt schon als Bestherin. Wenn nur das fatale und aufreizende Warten nicht gewesen wäre!

Aber die Jahre gingen, und noch war keine Bestätigung von Peters Tode eingetroffen. Alwine erwartete ihr drittes Kind, und wünschte, daß es ein kleines Mädchen sei, weil ihr die beiden Jungen soviel zu schaffen machten.

Inzwischen war der alte Hannes im Armenhaus gestorben, wohin er hatte gebracht werden müssen. Rätchen kam aus dem Institut zurück und Gretchen wohnte nicht mehr bei ihrer Mutter. Der Wald, den Alwinens Vater gepflanzt und nur mehr als junge Bäumchen gesehen, wuchs in die Höhe und hatte schon prächtige Stämme. Im Garten blühten die Obstbäume, und Alwine ließ es sich nicht nehmen, in jedem Jahr das Obst dort zu holen.

Die Reife kostete mehr, als die „Koppel und Beere“ wert stand, sagte jedes Jahr ihr Mann, „aber wenn es dir soviel Freude macht, geh nur und hol' deine Erbschaft.“

Für die Kinder war es stets ein Fest, in des Großvaters Garten zu gehen; sie tobten wie die Wilden um das stille Haus und unter den schmerbeladenen Obstbäumen, aus denen eine Schar Vögel erschreckt aufsprang.

Da kam etwas, was niemand erwartet hatte, eine Nachricht, die Alwine so vollständig außer Fassung brachte, daß sie tobte vor Wut.

Peter lebte! Peter war gefunden worden! Droben im Norden von Nordamerika hatte man den Unhold aufgefunden, und er war sogar schon auf der Reise nach Deutschland! Er verzichtete nicht auf den Hof; er blieb nicht bei seinem Holzhandel und seinem Fabrikbesitz in Nordamerika! Der „Herr Fabrikbesitzer“ sagte den elenden deutschen Kram ein, ja, er sollte kommen, um immer da zu bleiben; ein Elef,

der er immer gewesen, ein Stein des Anstoßes, ein Dorn im Auge, einer, der Anteil auf seinen Pfaden hat!

Alwine konnte gar nicht begreifen, daß es Helene so ruhig, ja fast selbstverständlich hinnahm, daß sie, ihren Briefen nach, es fast als eine gute Lösung betrachtete und erst auf Alwinens Drängen von England nach ihrer Heimat reiste, um persönlich mit Peter über die „Sanierung“ der Verhältnisse zu sprechen.

Doch Peter meldete sich gar nicht bei seinen Schwestern an; er machte gar keine Anstalten, sie zu sprechen. Sie wußten weder Tag noch Stunde seiner Ankunft. Erst beim Notar trafen sie sich. Alwine hatte sich, nachdem sie lange Zeit gehult und geschimpft, zu dem Entschluß durchgedrungen, Peter freundlich zu begegnen, weil nun die Verhältnisse doch so lagen und nichts mehr zu ändern war. Sie hatte auch Helene ermahnt, Peter unbefangen gegenüberzutreten. Dennoch waren beide sehr erregt, ja bestürzt, als sie ihrem Bruder gegenüberstanden.

Das war also Peter? Nein, den hätte keines von ihnen mehr erkannt. Der sah ja halb wie ein Indianer, halb wie ein Schauspieler aus.

„Gräßlich“, dachte Alwine Die vielen Falten auf der Stirne, das nervöse Spiel der Augenbrauen, die leidenschaftlichen Küstern, der herbe, verschlossene, fast gekniffene Mund und die Augen, die sie mit fremdem, eiskaltem, ja beinahe stechendem Ausdruck streiften. — Doch Alwine hätte nicht Alwine sein müssen; sie ließ sich nicht verblüffen. Das wäre noch schöner gewesen, wenn sie vor dem die Waffen gestreckt hätte!

Daß er sich nicht angemeldet und keine Notiz von ihnen genommen, übergang man eben. Resolut trat sie auf Peter zu und streckte ihm die Hand entgegen.

Doch Peter schaute sie fremd an, lehnte sich wortlos von ihr ab, gegen das Fenster, die Hände auf dem Rücken faltend, große, arbeitsgewohnte, strenge Hände.

„Das ist wohl amerikanische Sitte?“ fragte Alwine und suchte umsonst einen spöttischen und überlegenen Ton in ihre Frage zu legen.

Helene zupfte sie am Kleid, angstvoll und zugleich hochmütig dabei aussehend. „Bergib dir doch nichts“, flüsterte sie.

Aber Alwine wehrte ihr unwillig. „Du denkst wohl nicht mehr an jenen Brief, den du von Rotterdam an uns geschrieben?“ fragte sie, und diesmal klang es wirklich sehr spöttisch und sehr überlegen.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Zum Holzarbeiterstreik

Eine überaus zahlreich besuchte Versammlung der streikenden Holzarbeiter fand gestern in der „Neuen Welt“, Hasenheide, statt. Es mögen wohl etwa 5000 Holzarbeiter gewesen sein, die sich zu einem gemeinsamen Handeln, um über den weiteren Verlauf des Streiks Beschlüsse zu fassen.

Genosse Boeke vom Hauptvorstand hielt ein ausgezeichnetes, etwa zweistündiges Referat, in dem er noch einmal eingehend den ganzen Verlauf der Streikbewegung und ihre Ursachen schilderte. Er zeichnete besonders scharf das rigorose Vorgehen des Unternehmers, das durch seinen Führer Paeth alle Anstrengungen macht, den Streik für sich günstig zu beenden. Dabei werden von dieser Seite die niedrigsten Mittel angewendet. So schiederte Kollege Boeke, daß die Unternehmer sich nicht scheuen, auch die Betriebe stillzuliegen, in denen die Forderungen der Holzarbeiter bewilligt seien. Die großspurig angekündigte Aussperrung der gesamten Holzarbeiter durch den Oberstaatsanwalt Paeth hat aber trotz allem nicht den mindesten Erfolg gehabt. Bis jetzt sind von der Aussperrung 34 Betriebe mit 170 Arbeitern betroffen. Diese Zahl erscheint gegenüber der hohen Zahl der im Streik befindlichen außerordentlich gering. Beträgt doch die Zahl der Streikenden rund 10.000. In diesen Betrieben ist die Arbeit bereits wiederaufgenommen, da ein großer Teil der Unternehmer den Reichs-Mantelstanz bereits anerkannt hat. Diese Situation wird auch von den Unternehmern durchaus richtig erkannt. Sie versuchen nun, auf andere Weise die Holzarbeiter klein zu bekommen. So hat sich der Arbeitgeberverband an die verwandten Arbeitgebergruppen gewandt und um aktive Unterstützung (Aussperrungen) gebeten.

Trotz allen Machinationen der Unternehmer hat der Deutsche Holzarbeiterverband alle Anstrengungen gemacht, um in Verhandlungen einzutreten, die von den Unternehmern in brutaler Weise illusorisch gemacht werden. Bei den Verhandlungen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, haben sich Paeth und Komforten erneut auf den Herrenstandpunkt gestellt und die Forderungen gestellt, über die wir bereits eingehend berichteten. (Einführung der Affordarbeit, Befestigung der Ferien usw.) Der Schlichtungsausschuss ist angerufen worden und hat ein geradezu salomonisches Urteil gefällt. Er erkennt die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer an, hat aber auf der anderen Seite nicht die Nachbittigkeit, den Unternehmern einen bindenden Beschluß vorzulegen. — Er stellt denselben nur anheim, in Verhandlungen einzutreten und zwar auf Grund des Reichsmantelstanzes.

Allen unwahren Forderungen („Total-Anzeiger“) und allen Verdrehungsmanövern der Herren Paeth und Komforten gegenüber muß noch einmal festgestellt werden, daß die Arbeitnehmer jederzeit bereit sind, erneut in Verhandlungen einzutreten. Die Forderung aber, von der sie nie abgehen werden, ist die Anerkennung des Reichsmantelstanzes.

Nur von dieser Grundlage aus wird eine weitere Verhandlung möglich sein. Kollege Boeke schilderte dann kurz zahlenmäßig den Verlauf der Streikbewegung und knüpfte daran die Hoffnung, daß die Berliner Kollegen trotz aller Schwierigkeiten dem Verband die Treue halten und den Streik siegreich beenden wird.

Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Kollege Schleicher vom Hauptvorstand unterstrich die Ausführungen Boekes und richtete einen gleichen Appell an die Streikenden. Es wurden dann noch einige Entschließungen angenommen, u. a. solange im Streik zu verharren, bis die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer erfüllt sind.

Die Versammlung war ein erneuter Beweis dafür, daß die Berliner Holzarbeiter sich die Billigkeit der Unternehmer nicht länger gefallen läßt und fest entschlossen ist, den Kampf bis zum Siege durchzuführen.

Welche Löhne müssen in der Damenkonfektion gezahlt werden?

Vom Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Berlin, Seebachstraße 37-38, fanden am Montag, den 5. September, in den Schulen Petersburger Straße 4, Kleinstraße 49 und Panzstraße 18, öffentliche Versammlungen statt, die sehr gut besucht waren. Die Referenten wiesen auf die Verhältnisse vor dem Kriege hin, wo die Fabrikanten und Zwischenhändler den Arbeitnehmern so wenig zahlen konnten, wie sie wollten. Dies haben die Heimarbeiterinnen am meisten zu spüren bekommen. Durch den Tarifvertrag, der seit dem 1. Juli 1919 in Kraft getreten ist, seitdem vieles in dieser Branche verbessert ist. Auf Grund des Tarifes sind private Abmachungen, die gegen diese Bestimmungen verstößen, unzulässig, auch wenn dieselben schriftlich vereinbart wurden. Redner hoben besonders die Bestimmungen für die Ferien hervor, die auch den Heimarbeiterinnen einen bezahlten Urlaub sichern. An einigen Beispielen wurde den Versammelten vor Augen geführt, welche Summen den Arbeiterinnen verlorengehen, wenn sie nicht auf tarifmäßige Bezahlung achten. Bei der immer teurer werdenden Lebenshaltung und der in Aus-

sicht stehenden weiteren Erhöhung der indirekten Steuern müssen die Arbeiterinnen auf die Zahlung des vollen Stück- oder Zeitlohnes unter allen Umständen bestehen.

Die Versammlungen haben gezeigt, daß in der Branche der Damenkonfektion ein besserer Geist eingezogen ist, welches ein gutes Zeichen für die kommende Zeit bedeutet.

Revolverhelden beim Filmstreik

Vor dem Hause „Hansa-Film-Verleih“ G. m. b. H., Zimmerstraße 16/18, kam es heute vormittag anlässlich des Streiks in der Filmindustrie zu einer Schießerei, welche erhebliches Aufsehen erregte. Als ein Streikposten sich in den Hausflur begab, um einige Arbeitswillige anzuführen, gab der dort sich im Hintergrunde aufhaltende Personalchef Ott, wohnhaft Lichtergraben, Richterstraße 6, zwei Schüsse aus einem Revolver auf den Streikposten ab und schickte dann die Treppe hinauf. Der Streikposten wurde glücklicherweise nicht verletzt, erlitt aber einen Krampfanfall. Durch diese Heldentat wurde die Schließung des Betriebes veranlaßt und die Streikbrecher unter polizeilichem Schutz aus dem Betriebe geleitet. Die Arbeiter sind durch die Geschlossenheit der Arbeiter und Angestellten während dieses ständigen Streiks reichlich nervös geworden und alarmieren dauernd die Sipo und Sumpo.

Die Streikfrage an sich ist unverändert. Die gesamte Industrie liegt brach, und in den Film-Verleihgeschäften hat wieder eine Anzahl Angestellter sich dem Streik angeschlossen. Die Stimmung der Streikenden ist durchaus zuversichtlich und fest. Das Reichsarbeitsministerium hat seinerseits von sich aus bereits Schritte unternommen, um eine Lösung der Krise herbeizuführen.

Die reaktionäre Commerz- und Privatbank

Mit der reaktionären Haltung der Direktion der Commerz- und Privatbank, die beim Schlichtungsausschuss die Abberufung zweier Betriebsräte beantragt hatte, weil sie zur Teilnahme an der Demonstration gegen die Reaktion aufgefordert hatten, beschäftigte sich am Dienstag eine Versammlung der Angestellten dieser Bank.

Emonts beleuchtete die ganze Angelegenheit und sprach sein Bedauern darüber aus, daß es zur Teilnahme an der Demonstration überhaupt noch einer Aufforderung bedurft hätte. Er forderte von der Versammlung, daß sie sich unbedingt mit ihren Betriebsräten solidarisch zu erklären hätte. — Ohne in die Verhandlung einzutreten, beschloß am Dienstag der Schlichtungsausschuss die Verhandlung zu verlagern, da nur unter einem unparteiischen Vorsitzenden ein Spruch gefällt werden konnte. Diese Haltung des Schlichtungsausschusses bedeutet nicht mehr und nicht weniger als einen großen Verstoß gegen die Schlichtungsordnung. Das scheint diesen Herren aber gleichgültig zu sein. Die Haltung des Schlichtungsausschusses wurde von der Versammlung scharf kritisiert. — Die Versammlung beschloß nach Aussprache eine Resolution, in der sie den beiden Betriebsräten Graßmann und Richter ihr Vertrauen ausspricht und befundet, daß die Angestellten keinesfalls gewillt sind, sich die Behandlung der reaktionären Direktion gefallen zu lassen. Vom Schlichtungsausschuss erwarten die Versammelten volle Genugtuung.

Drohender Streik der Versicherungsangestellten

Die Arbeitgeber im Versicherungsgewerbe waren so großmütig, ihren männlichen Angestellten über 20 Jahre eine fünfprozentige Zulage anzubieten. Da sie für weitere Zustände nicht zu haben waren, sprach der angerufene Schlichtungsausschuss den männlichen Angestellten über 20 Jahre eine 12prozentige Gehaltszulage zu. Die unverschämten Angestellten sollten eine monatliche Zulage von 42 M. erhalten, die Jugendlichen dagegen leer ausgehen.

Mit dem Schiedsspruch beschäftigten sich am Dienstag zwei überfüllte Versammlungen der Versicherungsangestellten, die nach erregter Aussprache durch einstimmige Annahme einer Resolution den Schiedsspruch ablehnten. Sollten in neu anzubahnenden Verhandlungen die notwendigen Arbeitgeber unangenehm bleiben, dann werden die Angestellten keinesfalls vor dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel, dem Streik, zurückweichen.

Schiedsspruch in der Stuck- und Gipsbranche. Die Arbeitnehmer in der Stuck- und Gipsbranche hatten an ihre Unternehmer die Forderung eines Stundenlohnes in Höhe von 1,60 M. gestellt. Die Verhandlungen zerbrachen sich. Der angerufene Schlichtungsausschuss fällt einen Schiedsspruch, der den Arbeitern eine Erhöhung des Stundenlohnes um 86 Pf. mit Wirkung ab 1. 9. brachte. Mit dem Schiedsspruch beschäftigte sich am Dienstag eine stark besuchte Versammlung, die zum Ausdruck brachte, daß der Schiedsspruch keinesfalls befriedigte. Das Resultat der geheimen Abstimmung wird nach Auszahlung bekanntgegeben.

Täpfer! Durch Verhandlungen im Tarifgebiet Groß-Berlin sind die Lohn- und Affordsätze erhöht worden. Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes hat den Zustandnissen der Unternehmer zugestimmt. Vom 12. September ab beträgt die Teuerungszulage bei Affordarbeiten 67,5 Prozent; der Mindestlohn 9 M. Mit den Vorort-Insunungen Wotsdam, Oranienburg, Königswusterhausen und Alt-Landsberg Schweden noch Verhandlungen.

Arbeitersport

Arbeitersport-Verband. Seit über drei Jahren bemüht sich der Arbeitersport-Verband (A. S. V.) alle Zweige des Arbeitersports zu erschließen. In längerer Verhandlung und Aussprache ist dies nun seit dem 1. Juli bei den Arbeitern gelungen. Sie haben sich dem A. S. V. gegenüber zur Zahlung eines jährlichen Kopfes von 1 M. verpflichtet, der dafür die Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber der Deutschen Arbeiterbewegung und in der Zentralorganisation für Sport und Körperpflege übernimmt. Die Arbeiter haben keine Veranlassung, diesen Schritt zu bereuen. Zeigte doch schon die erste Regatta im Regatta-Klubverband unter den neuen Verhältnissen ein ganz anderes prägnanteres Bild wie sonst: nicht nur der Besuch war ein gewaltiger, wenn auch die Belegung der einzelnen Rennen nur durch die Beteiligung unserer Besetzung und Hannoveraner eine abnehmende Tendenz und interessanter. Die früher bei der Regatta fehlende Begeisterung, die an der Zeit der Regatta im Regatta-Klubverband zu sehen war, ist nun wieder im Arbeitersport-Verband zu sehen. Die Regatta-Klubverband hat sich mit dem Arbeitersport-Verband zusammengeschlossen und hat den A. S. V. selbst noch nicht beitreten können, trotzdem eine ganze Anzahl von Regatta-Klubmitgliedern dem A. S. V. beigetreten sind. Die Regatta-Klubmitglieder sind nunmehr dem A. S. V. beigetreten und haben sich dem A. S. V. angeschlossen. Die Regatta-Klubmitglieder sind nunmehr dem A. S. V. beigetreten und haben sich dem A. S. V. angeschlossen. Die Regatta-Klubmitglieder sind nunmehr dem A. S. V. beigetreten und haben sich dem A. S. V. angeschlossen.

Parteiveranstaltungen

Heute abend 7 Uhr Sitzung des Reichs-Kommunisten-Verbandes in Berlin in der Arbeiter-Kommunistischen Schule Str. 64. Der Vorstand.

Donnerstag, 15. September

- 1. Verwaltungsbeirat (Kreuzberg). Abends 8 Uhr wichtige Sitzung der Kreis-Kommunisten der Krüger, Schulstr. 1.
- 2. Verwaltungsbeirat. Öffentliche Arbeiter, Kogelstraße, Heumde, die die A. S. V. angehören und in den Gemeindefunktionen des A. S. V. tätig sind, werden zu einer Besprechung abends 7 Uhr nach der Kula 10, 4. Obergeschoss, Passowstraße, Bahnhof Scharnhorst, eingeladen. Mitzubringen das A. S. V. legitimiert.
- 3. 1. Sitzung der Zeitungsgewerkschaften fällt heute abend aus. Besprechung an der Besprechung abends 7 Uhr, Arbeiter-Schulungsschule.
- 4. 1. Sitzung der Zeitungsgewerkschaften fällt heute abend aus. Besprechung an der Besprechung abends 7 Uhr, Arbeiter-Schulungsschule.
- 5. 1. Sitzung der Zeitungsgewerkschaften fällt heute abend aus. Besprechung an der Besprechung abends 7 Uhr, Arbeiter-Schulungsschule.

Freitag, 16. September

- 1. Verwaltungsbeirat. Heute 7 Uhr öffentliche Arbeiter-Versammlungen in Berlin: Eberhardstr. 4-6, Pöhlstr. 4-6 und Weidenbühlstr. 4.
- 2. Verwaltungsbeirat. Heute 7 Uhr öffentliche Arbeiter-Versammlungen in Berlin: Eberhardstr. 4-6, Pöhlstr. 4-6 und Weidenbühlstr. 4.
- 3. Verwaltungsbeirat. Heute 7 Uhr öffentliche Arbeiter-Versammlungen in Berlin: Eberhardstr. 4-6, Pöhlstr. 4-6 und Weidenbühlstr. 4.
- 4. 3. und 4. Sitzung. Abends 7 Uhr Sitzung der Kreis-Kommunisten des Reichs-Kommunisten-Verbandes in der Arbeiter-Kommunistischen Schule Str. 64.
- 5. 3. und 4. Sitzung. Abends 7 Uhr Sitzung der Kreis-Kommunisten des Reichs-Kommunisten-Verbandes in der Arbeiter-Kommunistischen Schule Str. 64.
- 6. 3. und 4. Sitzung. Abends 7 Uhr Sitzung der Kreis-Kommunisten des Reichs-Kommunisten-Verbandes in der Arbeiter-Kommunistischen Schule Str. 64.

Vereinskalender

Donnerstag, 15. September

- Arbeitersport-Verband. Heute 7 Uhr öffentliche Arbeiter-Versammlungen in Berlin: Eberhardstr. 4-6, Pöhlstr. 4-6 und Weidenbühlstr. 4.
- Arbeitersport-Verband. Heute 7 Uhr öffentliche Arbeiter-Versammlungen in Berlin: Eberhardstr. 4-6, Pöhlstr. 4-6 und Weidenbühlstr. 4.
- Arbeitersport-Verband. Heute 7 Uhr öffentliche Arbeiter-Versammlungen in Berlin: Eberhardstr. 4-6, Pöhlstr. 4-6 und Weidenbühlstr. 4.

Bekanntmachung

betreffend die Wahl der Arbeitgeber- und Versicherten-Vertreter zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin

Die Auswahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten zum Ausschuss unserer Kasse für die Zeit vom 1. Januar 1922 bis 31. Dezember 1922 findet statt für die Arbeitgeber am Freitag, den 26. Oktober 1921, in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags für die Versicherten am

Sonntag, den 29. Oktober 1921, in der Zeit von 11 Uhr bis 9 Uhr nachmittags.

Die Wahllokale werden spätestens 1 Woche vor der Wahl bekanntgegeben.

Es sind zu wählen von den Versicherten 60 Vertreter und 120 Ersatzmänner, von den betriebspflichtigen Arbeitgebern 30 Vertreter und 60 Ersatzmänner. Wahlberechtigt sind die volljährigen Arbeitgeber, Arbeitgeber, die selbst versichert sind, ferner in der Arbeiterkassen, wenn sie regelmäßig mehr als 2 Versicherungspflichtige beschäftigen. Wahlberechtigt sind ferner die volljährigen Versicherten, ohne Unterschied des Geschlechts und der Staatsangehörigkeit. Wähler als Vertreter der Arbeitgeber oder der Versicherten sind nur volljährige Deutsche ohne Unterschied des Geschlechts, wenn sie nicht

a) infolge strafrechtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren haben oder wegen eines Verurteilens oder Verurteilens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, erfolgt werden, sofern gegen sie das Hauptverfahren eröffnet ist, b) infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Die Vertreter der Versicherten müssen bei der Kasse versichert sein, sie dürfen auch nicht Erfolgsversagliche sein, deren eigene Rechte und Pflichten auf Antrag der Kasse ruhen. Die Vertreter der Arbeitgeber dürfen nicht ausschließlich unabhängige Arbeiternehmer beschäftigen.

Wähler als Vertreter der Arbeitgeber sind als bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsräte der beteiligten Arbeitgeber. Jeder wahlberechtigte Versicherte hat eine Stimme. Wahlberechtigte Arbeitgeber haben bis zu 100 versicherungspflichtige Beschäftigte für je ansonsten 10 und für die über 100 hinausgehende Zahl für je ansonsten 20 Beschäftigte eine Stimme. Die Wähler sind geordnet; gewählt wird nach dem Grundbesitz der Wahlberechtigten nach näherer Bestimmung der Wahlordnung.

Zum Vorber der Wahl ist vom Vorstand der Kasse der Vorschlag, die Wahlberechtigten zu benennen, ernannt worden. Die Wahlberechtigten werden demnach aufgelistet, Wahlberechtigte sind für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten anzuführen, und dem Wahlbüro der Kasse, Klosterstraße 71/72, vom 11. September 1921, einzureichen. Es können nur solche Wahlberechtigten berücksichtigt werden, die spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag eingereicht sind. Die Wahlberechtigte 4 an die Wahlberechtigten gebunden. Die Wahlberechtigten der

Arbeitgeber müssen von mindestens je 10 wahlberechtigten Arbeitgebern mit zusammen mindestens 30 Stimmen, diejenigen der Versicherten von mindestens 30 wahlberechtigten Versicherten unterschrieben sein.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens dreimal so viel Bewerber enthalten, als Vertreter zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter laufenden Nummern aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrücken, und nach Familien- und Vornamen, Beruf, Wohnort und Wohnung zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem der Versicherte beschäftigt ist, anzugeben, auch empfiehlt sich die Angabe der Mitgliedsnummer und des Kantons.

Mit dem Wahlvorschlag für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, ob er zur Annahme der Wahl bereit ist. In jedem Wahlvorschlag ist ein Vertreter des Wahlbüros und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterschriften zu bezeichnen. In dieses unterzeichnen, je gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlbüros, und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlbürosvorsitzende ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Befestigung etwaiger Urkunden erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge müssen ebenfalls alle Angaben machen, die nötig sind, um sie als Kassensmitglieder oder als Arbeitgeber zu erkennen. Die Wahlberechtigten können nach ihrer Zulassung in unserer Hauptstelle, Klosterstraße 71/72, vom 2. bis zum 11. September 1921, eingesehen werden.

Die Arbeitgebervereine können vom Tage dieser Bekanntmachung an in unserer Hauptstelle, Klosterstraße 71/72, die Mitgliedsverzeichnisse in unserer Hauptstelle, Klosterstraße 71/72, eingesehen werden. Einmalige Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wahl- und Stimmverteilung sind bei der Einreichung der Vorschläge, spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Vorlegung der Verzeichnisse bei dem Kassensvorsitzenden einzulegen. Bei Antrag der Wahlberechtigten werden in der Zeit von 14 Tagen vor der Wahl bis zu dem Wahltag, welcher der Wahl vorangeht, Wahlansprüche in unserer Hauptstelle, Klosterstraße 71/72, angenommen. Die Wahlberechtigten werden dringend ersucht, sich diese Wahlansprüche zu bezeichnen, da die Wahlansprüche in den einzelnen Wahllokalen die Wahl- und Stimmverteilung jedes Versicherten prüfen müssen und ohne Wahlansprüche Versicherte nur zur Wahl zugelassen werden, die ihre Berechtigung einwandfrei nachweisen. Die Mitgliedskarte ist kein genügender Ausweis der Wahlberechtigung, weil aus derselben nicht ersichtlich ist, ob die Mitgliedskarte noch besteht.

Die Herren Arbeitgeber müssen sich in der Zeit von 14 Tagen vor der Wahl bis zu dem Tage, welcher der Wahl vorangeht, in unserer Hauptstelle, Klosterstraße 80/81, in den Druckbüchern bezeichnen lassen, wieviel Stimmen sie führen, weil dies bei der Wahl nicht festgestellt werden kann. Im übrigen wird auf die Wahlordnung verwiesen, die für die Beteiligten in unserer Hauptstelle, Klosterstraße 71/72, in den Geschäftsstunden kostenlos zur Verfügung steht.

Berlin, den 12. September 1921.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin. Richard Rosenberg, Richard Schmidt, Vorsitzender, Schriftführer

Soeben erschienen! Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogisches. Ihre Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie. Eine Schöpfung von Karl Rautsky. Preis 2.00 Mark. Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C2, Breite Str. 8-9.

Zum Auslandskurs! Gold, Silber, Platin, Brillanten, Münzen etc. Laden Ankauf Laden. K. Kehlert, Lothringersir. 34. Bedarfs allerorts Preisliste!

Botenfrauen sofort gesucht. „Freiheit“-Ausgabe stelle. Charlbg., Wallstraße 90, Seitensügel part. Meldungen von 9-11 und 2-5. Expedition Werner Greifswalder Straße 29. Expedition Wengels Cadiner Straße 11. Expedition Jordan Dresdener Straße 24.

Birne an Wald und Wasser gelegene Barzellen in Heiligensee bei Tegel. Sehr guter Boden. In jeder Größe. Anzahlung von 2.000 an. Übrige Anzahlung: Terrassenwirtschaft Heiligensee, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 24. Tel. 1. 7076 / In Heiligensee im Bannan oder bei Pannepf, Restaurant Heiligensee, Heiligensee, Althausen, Tegel, Heiligensee, Tegel.